Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/76

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/76 – abzulehnen.

29. 02. 2012

Der Berichterstatter:

Nikolaos Sakellariou

Der Vorsitzende:

Walter Heiler

Bericht

Der Innenausschuss hat sich mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes –, Drucksache 15/76, erstmals in seiner 2. Sitzung am 6. Juli 2011 befasst und hierzu in seiner 3. Sitzung am 19. Oktober 2011 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. In der 5. Sitzung am 29. Februar 2012 hat der Innenausschuss den Gesetzentwurf Drucksache 15/76 abschließend beraten.

Zu Beginn der 2. Sitzung am 6. Juli 2011 gibt der Vorsitzende bekannt, zum vorliegenden Gesetzentwurf sei ein Antrag der Abg. Thomas Blenke u. a. CDU auf Durchführung einer zusätzlichen, mündlichen öffentlichen Anhörung eingegangen (vgl. *Anlage*). Das Ergebnis der zu diesem Gesetzentwurf schriftlich durchgeführten Anhörung der kommunalen Landesverbände sei als Mitteilung des Landtagspräsidenten vom 1. Juli 2011, Drucksache 15/183, veröffentlicht worden.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU verweist auf das im Rahmen der Ersten Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs im Plenum Gesagte und führt weiter aus, die CDU-Fraktion beabsichtige mit diesem Gesetzentwurf, einem insbesondere von kommunaler Seite immer wieder vorgetragenen dringenden Wunsch Rechnung zu tragen, nämlich darauf zu reagieren, dass Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden sollten, den Konsum alkoholischer Getränke an örtlichen Brennpunkten zu untersagen, um alkoholbedingten Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum wirksamer als bisher entgegenzutreten zu können. Denn in Polizeiverordnungen könnten derartige Regelungen leider nicht getroffen werden; er verweise auf das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 28. Juli 2009, in dem entsprechende Bestimmungen in Polizeiverordnungen der Stadt Freiburg für unwirksam erklärt worden seien.

Ihm sei wichtig, zu betonen, dass es den Initiatoren des vorliegenden Gesetzentwurfs nicht darum gehe, dass der Gesetzgeber einen Verbotstatbestand schaffe; vielmehr gehe es darum, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, damit die Kommunen im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung Verbote aussprechen könnten, wenn Bürgermeister und Gemeinderäte dies für erforderlich hielten, um Auswüchsen aufgrund übermäßigen Alkoholkonsums auf öffentlichen Plätzen Einhalt zu gebieten.

Weil in der Ersten Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs im Plenum u. a. ausgeführt worden sei, zunächst müssten andere Maßnahmen ergriffen werden, beispielsweise im Hinblick auf den Jugendschutz, begehrt die Initiatoren des vorliegenden Antrags, u. a. den kommunalen Landesverbänden Gelegenheit zu geben, die Problematik, die es in den Kommunen gebe, zu schildern und alternative Handlungsmöglichkeiten darzulegen. Die Antragsteller wollten die im Antrag enthaltene Liste der Anzuhörenden im Übrigen ausdrücklich nicht als abschließende Aufzählung verstanden wissen, sondern seien offen für weitere Vorschläge.

In der Ersten Beratung habe ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE den Initiatoren des vorliegenden Gesetzentwurfs vorgeworfen, handwerklich schlecht gearbeitet zu haben. Diesen Vorwurf könne er jedoch nach wie vor nicht nachvollziehen. Möglicherweise liefere der Abgeordnete der Fraktion GRÜNE eine Begründung für diesen Vorwurf nach.

Abschließend merkt er an, er bitte darum, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen und die Beratung des Gesetzentwurfs bis zur Anhörung zu unterbrechen.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Antrag und schlägt vor, einen Termin nach der Sommerpause festzulegen.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD signalisiert ebenfalls Zustimmung zu diesem Antrag.

Als weitere mögliche Anzuhörende werden Vertreter der Rettungsdienste und des Landesjugendrings sowie die Jugendhilfe ins Gespräch gebracht.

Der Antrag der Abg. Thomas Blenke u. a. CDU (*vgl. Anlage*) wird einstimmig angenommen.

Es besteht Einigkeit darüber, dass sich die Fraktionen in den kommenden Wochen auf eine Liste der Anzuhörenden, auf einen Termin und die Modalitäten für die Anhörung einigen.

Der Ausschuss beschließt ohne förmliche Abstimmung, die Beratung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/76 zu unterbrechen und nach erfolgter Anhörung wieder aufzunehmen.

In seiner 3. Sitzung am 19. Oktober 2011 hat der Innenausschuss zu dem Gesetzentwurf Drucksache 15/76 eine öffentliche Anhörung mit Vertreterinnen und Vertretern der folgenden Institutionen durchgeführt: Städtetag Baden-Württemberg, Gemeindetag Baden-Württemberg, Stadt Freiburg im Breisgau, Stadt Remseck am Neckar, Gemeinde Korb, Polizeidirektion Freiburg, Polizeirevier Schorndorf, Landesjugendring Baden-Württemberg e. V., Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle

Baden-Württemberg, Baden-Württembergischer Landesverband für Prävention und Rehabilitation gGmbH und Drogenhilfe Freiburg.

Zu Beginn der 5. Sitzung am 29. Februar 2012 ruft der Vorsitzende in Erinnerung, dass die Ausschussberatung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/76 in der 2. Sitzung des Innenausschusses am 6. Juli 2011 begonnen worden sei und zunächst unterbrochen worden sei, um eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Diese sei in der 3. Sitzung am 19. Oktober 2011 erfolgt, und nunmehr würden die Ausschussberatungen wieder aufgenommen.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU legt dar, er habe aus der Anhörung und anderen Äußerungen herausgehört, dass über die grundsätzliche Zielrichtung, die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf verfolgt werde, weitgehend Einigkeit herrsche und dass fraktionsübergreifend Handlungsbedarf gesehen werde. Er habe zunächst sogar den Eindruck gehabt, dass die Gesetzesinitiative, mit der rein formal nur eine Rechtsgrundlage geschaffen werden solle, Erfolg haben werde; denn es sei nicht beabsichtigt, als Land Regelungen hinsichtlich Alkoholkonsumverbotszonen zu erlassen, sondern es habe lediglich den Kommunen ermöglicht werden sollen, dies nach Bedarf und nach einer Verhältnismäßigkeitsprüfung im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zu tun. Es gehe also um eine Stärkung der Rechte der Kommunen.

Nachdem sich auch der Innenminister wohlwollend zu diesem Vorhaben geäußert habe, hätten sich die Abgeordneten seiner Fraktion ermutigt gefühlt, den vorliegenden Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen, zumal auch die kommunalen Landesverbände sowie die Oberbürgermeister von Freiburg und Tübingen Bedarf für eine solche Änderung des Polizeigesetzes sähen und sich entsprechend geäußert hätten. Er verweise in diesem Zusammenhang darauf, dass bei der bereits erwähnten Anhörung im Innenausschuss neun von elf Angehörten vehement für die Schaffung eines solchen Instrumentariums geworben hätten.

Vor diesem Hintergrund appelliere er an die Ausschussmitglieder, sich einer entsprechenden Änderung des Polizeigesetzes nicht zu verschließen. Denn sowohl Notwendigkeit als auch Angemessenheit seien unbestritten; auch eine Verhältnismäßigkeitsprüfung sei erfolgt. Er erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass es um ein sowohl räumlich als auch zeitlich begrenztes Alkoholkonsumverbot an Brennpunkten gehe. Er bitte daher darum, dem vorliegenden Gesetzentwurf, im Übrigen dem ersten in der laufenden Legislaturperiode, zuzustimmen.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE teilt mit, die Koalition sei derzeit dabei, eine Lösung zu entwickeln, die den Bedürfnissen der Kommunen im Gegensatz zum vorliegenden Gesetzentwurf passgenau gerecht werde. Seine Fraktion halte den vorliegenden Gesetzentwurf nicht für verfassungsgemäß; bei Bedarf könnte dies auch im Einzelnen begründet werden. Der Gesetzentwurf schieße weit über das Ziel hinaus; durch eine solche pauschale Ermächtigung werde dem entsprechenden Urteil des Verwaltungsgerichtshofs nicht einmal ansatzweise Rechnung getragen. Denn aufgrund einer solchen Regelung könnte jede baden-württembergische Kommune, in der sich am Wochenende regelmäßig betrunkene Jugendliche trafen, eine Sperrzone einrichten, was jedoch sicher nicht gewollt sei. Aus Sicht seiner Fraktion müsse vielmehr sehr sensibel vorgegangen werden und müssten alle Gegebenheiten berücksichtigt werden.

Die Koalitionsfraktionen arbeiteten derzeit an einer Lösung und stellten diese zu gegebener Zeit vor; den vorliegenden Gesetzentwurf lehnten sie ab.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU wirft die Frage auf, wann mit einem Gesetzentwurf gerechnet werden könne.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD führt aus, die Initiatoren des vorliegenden Gesetzentwurfs hätten in der Tat ein Problem aufgegriffen. Dieses Problem sei jedoch mittlerweile erkannt worden. Es sei im Übrigen bezeichnend, dass es sich um den ersten Gesetzentwurf in der laufenden Legislaturperiode gehandelt habe; denn dies zeige, dass die frühere Regierungskoalition eine Lösung dieses Problems nicht zuwege gebracht habe. Die derzeitige Regierungskoalition hingegen werde eine Lösung entwickeln, der die CDU-Fraktion voraussichtlich sogar zustimmen könne.

Weiter äußert er, die Ergebnisse der zum vorliegenden Gesetzentwurf durchgeführten Anhörung interpretiere er wie der Abgeordnete der Fraktion der CDU. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, dass viele Bürgermeister und Oberbürgermeister an die angestrebte Neuregelung möglicherweise überzogene Erwartungen stellten und mittlerweile hofften, auch Plätze vor Supermärkten für den Alkoholkonsum sperren zu können. Jetzt sei also wichtig, dass sich die kommunalen Verantwortlichen von Anfang an darüber im Klaren seien, dass nur an Brennpunkten nennenswerten Ausmaßes ein Alkoholkonsumverbot verhängt werden könne. Er gehe davon aus, dass noch im laufenden Jahr ein Gesetzentwurf vorgelegt werden könne, der diesen Vorgaben Rechnung trage. Dem vorliegenden Gesetzentwurf werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP erklärt, er bestreite die Behauptung der Initiatoren des vorliegenden Gesetzentwurfs, dass ein solcher Gesetzentwurf erforderlich sei. Aufgrund dieser Meinungsverschiedenheit zwischen CDU und FDP/DVP im Landtag sei es erst in der laufenden Legislaturperiode möglich geworden, dass die CDU-Fraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringe. Die Zahl derartiger Meinungsverschiedenheiten innerhalb der jeweiligen Regierungskoalition habe seit dem Regierungswechsel nach seinem Eindruck im Übrigen stark zugenommen.

Weiter äußert er, das geltende Recht biete den Kommunen ausreichend Möglichkeiten, dem in Rede stehenden Problem übermäßigen Alkoholkonsums entgegenzuwirken. Denn lange bevor sich Freiburg mit diesem Problem auseinandergesetzt habe, sei es am Bodensee aufgetreten und habe ohne Gesetzesänderung gelöst werden können. In gleicher Weise könnte auch in anderen Städten verfahren werden, ohne dass es einer Gesetzesänderung bedürfte. Dazu könne jedoch im Rahmen der Zweiten Beratung im Plenum ausführlich debattiert werden.

Im Übrigen passe es nicht zusammen, dass gelegentlich Bürgermeister oder Oberbürgermeister anlässlich der Eröffnung von Festen in der jeweiligen Stadt die Gäste dazu ermunterten, den Produkten der heimischen Wengerter möglichst intensiv zuzusprechen, dass jedoch gleichzeitig nach dem Gesetzgeber gerufen werde, um Jugendliche durch ein generelles Alkoholkonsumverbot am „Vorglühen“ zu hindern.

Abschließend erklärt er, seine Fraktion wirke jederzeit mit, wenn es darum gehe, Konzepte zu entwickeln, die Jugendliche daran hinderten, sich sinnlos zu betrinken. Den vorliegenden Gesetzentwurf halte seine Fraktion jedoch unter diesem Blickwinkel für nicht zielführend.

Der Innenminister stellt klar, die angekündigte Alternativlösung zum vorliegenden Gesetzentwurf werde selbstverständlich so ausgestaltet sein, dass Alkoholkonsumverbote nur in absoluten Ausnahmefällen verhängt werden könnten. Zwischenzeitlich hätten sich bereits rund 100 Kommunen an das Innenministerium gewandt, doch von einer Gesetzesänderung profitieren könne sicher nur ein Bruchteil davon. Ähnliches gelte im Übrigen auch für den vorliegenden Gesetzentwurf, wenn er eng ausgelegt werde.

Anschließend teilt er mit, derzeit arbeite das Innenministerium unabhängig von der derzeit in Rede stehenden Thematik an einer Novellierung des Polizeigesetzes, weil das Land drei europäische Rechtsakte umsetzen müsse, die ihren Niederschlag im baden-württembergischen Polizeigesetz finden müssten. Diese relativ aufwendigen Arbeiten seien noch nicht abgeschlossen. Voraussichtlich gegen Ende des Jahres werde ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt. Angesichts dessen wäre es aus seiner Sicht nicht sinnvoll, kurz vorher eine weitere Änderung des Polizeigesetzes vorzunehmen. Er plädiere dafür, alle erforderlichen Änderungen im Rahmen einer einzigen Novellierung des Polizeigesetzes zu erledigen.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU entgegnet, die CDU-Fraktion lege Wert darauf, dass über den vorliegenden Gesetzentwurf zeitnah entschieden werde. Denn der vom Innenminister angekündigte Gesetzentwurf könne unter keinen Umständen bereits im nächsten Sommer wirksam werden, sodass die Kommunen während eines weiteren Sommers vor den gleichen Problemen stünden. Deshalb sollte möglichst rasch gehandelt werden.

Abschließend merkt er an, der Abgeordnete der Fraktion GRÜNE habe in der laufenden Sitzung die Auffassung vertreten, der vorliegende Gesetzentwurf sei verfassungswidrig. Ihn interessiere, ob der Innenminister diese Auffassung teile.

Der Innenminister antwortet, wie so oft seien unterschiedliche Auffassungen möglich und er vertrete in diesem Fall eine andere.

Der Vorsitzende stellt die Zustimmung des Ausschusses dazu fest, über den Gesetzentwurf im Ganzen abzustimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 11 : 8 Stimmen ohne Stimmenthaltung, dem Plenum zu empfehlen, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/76 – abzulehnen.

07. 03. 2012

Nikolaos Sakellariou

Anlage

**Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode**

Antrag

der Abg. Thomas Blenke u. a. CDU

**zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/76
Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes**

Der Innenausschuss wolle beschließen,

1. in den kommenden Wochen zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes – Drucksache 15/76 eine zusätzliche mündliche Anhörung als öffentliche Anhörung durchzuführen;
2. zu dieser Anhörung sowohl Vertreter der kommunalen Landesverbände, der Polizei, der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg sowie weitere von den Fraktionen zu benennende Auskunftspersonen einzuladen.

06. 07. 2011

Blenke, Epple, Hillebrand, Klein,
Pröfrock, Schneider, Throm, Wolf CDU